



Das Europa, das wir wollen

Gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen Gewerkschaftsbünde

100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, das zur Gründung der IAO führte und zu der Erkenntnis, dass „dauerhafter Frieden nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit begründet werden kann“ und dass *Arbeit keine Ware ist*, befindet sich unser gemeinsames Projekt in einer schweren Krise: ein Europa des Wohlstands und Wohlergehens, das gastfreundlich, offen und demokratisch ist und seinen Bürgern Chancen bietet. Diese Demokratie- und Vertrauenskrise, verbunden mit dem Aufstieg des Populismus, hat viele Gründe – allen voran die Tatsache, dass die sozialen und demokratischen Ideale des europäischen Projekts allzu oft missachtet werden. Die *Arbeit* wird dabei mehr und mehr zur Ware – aufgrund des ultraliberalen Kurses, zu dem die Mitgliedsstaaten die Europäische Union drängen. „Europa“ verbinden die Europäer heute eher mit Sozialdumping und damit, dass Arbeitnehmer gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden, als mit Frieden, Wohlstand und den geschaffenen Freiheiten. Die Wirtschaftspolitik, die heute in der Europäischen Union praktiziert wird, gefährdet die Errungenschaften in den sozialen Rechten, im Umweltschutz und in der sozialen Demokratie in den Mitgliedsstaaten. Wenn Europa morgen noch bestehen will, muss es unsere Völker wieder näher zusammenbringen und einen Binnenmarkt schaffen, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert und diese Rechte nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in der Union fördert: *im Zeichen des Fortschritts gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen voranbringen*, das war einst das Leitbild der europäischen Einigung.

Wir setzen uns für einen starken und engen multilateralen Zusammenhalt auf unserem Kontinent ein. Um bestehen zu können, muss dieser den Erwartungen der europäischen Bürger und Arbeitnehmer entsprechen. Die Geschichte erinnert uns an die gemeinsame Verantwortung unserer beiden Länder bei der Sicherung des sozialen Friedens in Europa.¹

Vor diesem Hintergrund kommt Deutschland und Frankreich als Zugkräften des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhaltes in Europa eine besondere Verantwortung zu. Unsere beiden Länder waren nicht nur entscheidend an der Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses beteiligt, sie profitieren auch in beträchtlichem Maße von der Europäischen Union. Wir fordern unsere Regierungen dazu auf, Antworten auf die Zukunftsfragen der EU und ihrer Architektur zu geben und so ihren Beitrag zur Solidarität und Aufwärtskonvergenz in Europa zu leisten.

Daher erwarten wir insbesondere von den Regierungen Frankreichs und Deutschlands, dass sie in diesem Sinne handeln. So scheint es uns ein starkes Signal zu sein, bald einen neuen Elysee-Vertrag zu verabschieden – denn der „deutsch-französische Motor“ ist entscheidend, wenn wir Lösungen finden wollen für die zahlreichen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist. Dies bedeutet eine tiefgreifende soziale Erneuerung der Europäischen Union – die von einer bilateralen Initiative Deutschlands und Frankreichs angestoßen und getragen werden kann. Die Annäherung der sozialen Verhältnisse in unseren Ländern *im Zeichen des Fortschritts* muss in dieser Hinsicht richtungsweisend sein.

Ein von den Bevölkerungen unterstütztes und akzeptiertes Europa muss die soziale Gerechtigkeit zu einer Priorität machen. Dieses Europa steht für die Solidarität, für die die Arbeitnehmer eintreten. Die entfesselte

¹ Wir sind gemeinsam Träger der „Plattform des EGB für die Zukunft Europas“, verabschiedet am 27.10.2016.



Konkurrenz und der Egoismus der Mitgliedsstaaten sind als Funktionsprinzipien gescheitert. Dieses Europa bedarf, wohl bemerkt, eines Transfermechanismus; das liegt im Wesen der Solidarität. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist de facto bereits eine Transferunion: Sie stärkt die leistungsstarken Mitgliedsstaaten zulasten der anderen – vor allem, indem sie junge Arbeitnehmer nach Westeuropa lockt, wo diese dann in die Systeme der sozialen Sicherung einzahlen, während sie in ihren Herkunftsländern schmerzlich fehlen. Insbesondere unsere beiden Länder profitieren davon. All das ist nicht nachhaltig. Die reichen Länder dürfen nicht damit weitermachen, denjenigen die Solidarität zu verweigern, die noch ein Stück des Weges vor sich haben.

Die Umsetzung des Sozialen Europa bedarf allem voran einer Reform der wirtschaftlichen und sozialen Governance der Eurozone. In einer Region mit gemeinsamer Währung aber ohne gemeinsame wirtschaftspolitische Instrumente büßen notwendigerweise die Arbeiter für die Anpassungsvorgänge in den Mitgliedsstaaten. Sie sind es, die am meisten unter den Konsequenzen der internen Abwertung leiden. Deshalb fordern unsere Organisationen eine verbesserte ökonomische und soziale Governance, die mindestens die folgenden drei Elemente umfasst:

- Ein europäischer Währungsfonds unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments, um in Zukunft Zahlungsbilanzkrisen zu vermeiden, die sich in der Folge zu Haushaltskrisen der Mitgliedsstaaten entwickeln können.
- Ein gemeinsames Budget für die Euro-Zone, um die Infrastruktur im Sinne der „Just Transition“ zu modernisieren, Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu lenken und die wirtschaftliche und soziale Konvergenz zu fördern.
- Ein automatischer Stabilisator, bspw. in Form einer Europäischen Arbeitslosenrückversicherung, der künftige asymmetrische Schocks in der Euro-Zone zu dämpfen vermag. Ein Abbau der sozialen Sicherung, wie er in Griechenland bereits stattgefunden hat, darf nicht sich nicht wiederholen.

Wir fordern europäische Institutionen, die in der Lage sind, das in Europa so weit verbreitete Sozial-, Steuer- und Lohndumping effektiv zu bekämpfen. Eine Europäische Arbeitsbehörde, die die Sozialpartner zusammenbringt, muss in erster Linie dazu befähigt werden, bei unlauterem Wettbewerb einzugreifen und diesen zu verhindern; außerdem muss sie dazu beitragen, grenzüberschreitende Konflikte zwischen nationalen Behörden zu schlichten.

Unsere Organisationen rufen dazu auf, die soziale Agenda und das soziale Modell Europas zu stärken. Als sozial hoch entwickelte Länder müssen sich Deutschland und Frankreich für eine europäische Aufwärtskonvergenz einsetzen; dies erfordert vor allem harmonisierte Mindeststandards in der EU nach dem Prinzip des „gold plating“: Diejenigen, die sich höhere Normen wünschen, müssen diese auch anwenden können. Die steigenden Fortschritte des sozialen Europas zu garantieren, geht damit einher, das Prinzip des Rückschrittsverbots zu achten – nur unter dieser Bedingung können die EU-Acquis Bestand haben.

Da in nächster Zeit einige Schicksalsmomente für die Zukunft Europas anstehen, insbesondere die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, rufen wir die beiden Regierungen dazu auf, eine aktive Rolle in der Debatte einzunehmen, um endlich neue Wege für unseren Kontinent zu gehen. Der soziale Fortschritt muss fortan gegenüber allen anderen Themen eine Priorität darstellen.

Das deutsch-französische Tandem muss, gemeinsam mit allen Europäern, den Weg weisen in Richtung eines Europas, das seine Bürger und Arbeitnehmer schützt und ihnen Rechte garantiert – ganz egal, wo sie ihrer Beschäftigung nachgehen. Nur so kann die verwerfliche Konkurrenzsituation zwischen Arbeitnehmern



unterschiedlicher Herkunft beendet werden. Deren Anspruch auf eine soziale Demokratie, Tarifschutz und die Gewährleistung kollektiver Rechte sind in dieser Hinsicht essentiell. Es muss möglich sein, durch Steuereinnahmen öffentliche Leistungen von hoher Qualität für alle Bürger zu finanzieren und Umverteilung zu betreiben, um gegen Ungleichheit zu kämpfen; gleichzeitig müssen die Steuersysteme harmonisiert werden, damit Steuervermeidung verhindert werden kann.

Seit der Krise von 2008 und der Austeritätspolitik in Europa sind es die Arbeiter, die unter den Folgen der „Finanzialisierung“ der Wirtschaft und der Bankenrettung leiden. Ihre Gehälter stagnieren und ihre Kaufkraft sinkt. Die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Europas sind weit davon entfernt, sich anzugleichen. Die Unterschiede zwischen effektiven Löhnen und Mindestlöhnen zwischen unseren beiden Ländern sind signifikant.

Wir müssen der Jugend eine berufliche Zukunft in Europa ermöglichen und gegen die Zunahme prekärer Arbeit kämpfen, welche aus der Deregulierung in unseren Ländern resultiert.

Wir weisen die Idee einer „Festung Europa“ zurück. Unsere Traditionen und Werte verpflichten uns dazu, diejenigen aufzunehmen und ihnen Gastfreundschaft zu bieten, die bei uns Zuflucht suchen. Diese Offenheit muss solidarisch sein, vor allem gegenüber den Mittelmeer-Anrainerstaaten an der EU-Außengrenze, wo die Flüchtenden zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Es ist nötig, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren – und zwar unter denselben Bedingungen wie die einheimischen Arbeiter. Wer auf europäischem Gebiet oder auf Schiffen im Mittelmeer Hilfe für Flüchtende leistet, muss unterstützt und geschützt werden. Das internationale Recht verpflichtet uns zu Seenotrettung. Wir fordern daher unsere Regierungen dazu auf, Schiffen in humanitären Einsätzen den Zugang zu ihren nationalen Seeflaggen zu erleichtern. Wir setzen uns für eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft ein. Unsere Organisationen lehnen fremdenfeindliche Tendenzen, Rechtsextremismus und Populismus entschieden ab, da diese unsere grundlegenden Freiheiten infrage stellen.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 bleibt in unseren Augen das zentrale Leitbild unseres Entwicklungsmodells. Nur eine „Just Transition“ in Richtung einer weniger kohlenstoffintensiven Wirtschaft kann Europa nachhaltigen Wohlstand bringen. Diese Veränderungen müssen durch die Zusammenarbeit unserer Länder entstehen und nicht in einem Kontext von zügelloser Konkurrenz.

In diesem Zusammenhang muss auch die Handelspolitik unseres Kontinents die soziale Sicherung und die Rechte der Arbeiter als notwendige Regeln zwischen den Mitgliedsstaaten anerkennen. Unterschiede zwischen den „Arbeitskosten“ dürfen in keinem Fall als legitimer Wettbewerbsvorteil im Handel zwischen Staaten gelten. Werden diese Regeln missachtet, so muss dies rechtlich bindende Folgen haben. Transnationale Konzerne und deren internationale Firmenzweige müssen als Auftraggeber haften. Ein verbindlicher Beschwerdemechanismus für Geschädigte muss eingeführt werden.

Die Europäische Säule Soziale Rechte, die 2017 in Göteborg ausgerufen wurde, zeugt von guten Vorsätzen. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen und ihren Worten Taten folgen lassen. Deshalb setzen sich unsere Organisationen für eine verstärkte soziale Konvergenz unserer beiden Länder ein und sehen in der vertieften Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland einen wichtigen Faktor für ein soziales und solidarischeres Europa.

Paris, den 9. November 2018